



## fairNetz

### Killer-Jeans: Migros und Manor reagieren

Bei einer Konferenz in Istanbul mit mehr als 100 Organisationen aus über 40 Ländern wurde Ende vergangenen Jahres ein Manifest verabschiedet, das von den Modefirmen einen sofortigen Produktionsstopp sandgestrahlter Jeans fordert. Laut einer Medienmitteilung der *Erklärung von Bern* (EvB) würden für diesen Trend nicht nur die Kunden, sondern vor allem die Sandstrahler teuer bezahlen, die bei der Produktion in Bangladesch, Mexiko, Ägypten oder China riskieren, Silikose zu bekommen. Diese Lungenkrankheit ist unheilbar und oft tödlich. Die Modefirmen könnten die Einhaltung der hohen Sicherheitsvorschriften, die für risikoarmes Sandstrahlen nötig seien, oft nicht garantieren. Nun kommen aus der Modeindustrie erste Zeichen, so die EvB. So wolle die *Migros* per sofort die Sandstrahltechnik nicht mehr anwenden, während *Manor* ein entsprechendes Verbot bis in der zweiten Jahreshälfte umsetzen will. Bisher bleibe jedoch in allen Fällen unklar, wie bereits erkrankte Arbeiter versorgt werden sollen. Es gebe zudem immer noch viele Firmen, die diese tödliche Technik nicht verbieten, darunter auch *PKZ* oder *Schild*.

[www.evb.ch/sandblasting](http://www.evb.ch/sandblasting)

### Tipps zu mehr Fairtrade



Um den fairen Handel am Arbeitsplatz zu fördern, bietet die *Max Havelaar-Stiftung* Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden Hilfestellungen an. Für Arbeitnehmende

zum Beispiel findet sich auf der Website unter dem Stichwort »Was kann ich tun?« dieser Hinweis: »Holen Sie Infos ein und gehen Sie auf Verantwortliche zu. Halten Sie Ausschau in der Cafeteria, im Restaurant oder an den Automaten. Welche Fairtrade-Produkte kommen für Ihren Betrieb in Frage? Kaffee, Tee oder Saft? Frische Früchte oder Schokoladen-Snacks? Oder Reis fürs Menu?« Wer Unterstützung sucht, findet diese unter [www.maxhavelaar.ch](http://www.maxhavelaar.ch).

# Therapieren statt absitzen

## Jugendliche Täter optimal resozialisieren



FOTO: ZVG

Jugendliche Gewalttäter aus Zürich haben in München beispiellose Gewalt ausgeübt und Passanten grundlos niedergeschlagen. Das Jugendstrafrecht Deutschlands sei »härter« als das unsrige, wurde geschrieben. Sofort forderten manche härtere Strafen von der Schweizer Justiz. Unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit publizierte die NZZ damals einen Artikel unter dem Titel »Unbedingte Freiheitsstrafen für Jugendliche bringen nichts«. Brigitte Hürlimann erklärte darin, warum die Deutschen das Schweizer Strafrecht beneiden: Während die Deutschen eine katastrophale Rückfallquote jugendlicher Delinquenten von 80 Prozent aufweisen, stehe die Schweiz vergleichsweise sehr gut da. Eine zentrale Rolle spiele dabei, dass jugendliche Täter in der Schweiz nicht einfach in einer Zelle sitzen, sondern an ihrem

Verhalten und an ihrem Delikt therapeutisch arbeiten müssen. Nebenbei wies die Journalistin darauf hin, dass in der Schweiz Fälle wie die von München mit bis zu 12 Jahren »Unterbringung« durchaus streng bestraft würden. Der Ruf nach Deutschlands Jugendstrafrecht sei deshalb nicht gerechtfertigt.

Es ist erfreulich, dass es in der Schweiz gelingt, die meisten straffälligen Jugendlichen in der Gesellschaft wieder zu integrieren. Umso bedauerlicher ist es, dass gewisse Kreise der Bevölkerung ein anderes Bild einimpfen, nämlich das der Kuscheljustiz Schweiz. Die Münchner Schläger sind jung und noch entwicklungsfähig. Darum setze ich mich weiterhin für ein Strafsystem ein, in dem jugendliche Täter mit ihrem Delikt und ihrer Schuld konfrontiert und optimal resozialisiert werden.

■ Barbara Schmid-Federer

Die 45-jährige CVP-Politikerin setzt sich landesweit für Familienfragen ein und gehört der Rechtskommission des Nationalrats an.

# Ziel noch nicht erreicht

## Geplante Erhöhung der Entwicklungshilfe ist nur der erste Schritt



FOTO: ZVG

Die Chancen stehen gut, dass der Nationalrat im Frühling einer markanten Erhöhung der Entwicklungshilfe zustimmt. Nach einem überdeutlichen Ja des Ständerats im Dezember (25 zu 8) hat im Januar auch die ausserpolitische Kommission der grossen Kammer den Antrag des Bundesrates gutgeheissen, die Ausgaben bis 2015 auf 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) zu erhöhen. Als ersten Schritt bewilligte sie für 2011/12 zusätzliche 640 Mio. Franken.

Diese Entscheide gehen auf die Kampagne »0,7% – Gemeinsam gegen Armut« zurück, die eine breite Koalition von Hilfswerken, kirchlichen und Umweltorganisationen, Frauenverbänden und Gewerkschaften 2007 und 2008 führte. In einer Petition verlangten damals über 200 000 Personen eine Erhöhung auf 0,7 Prozent BNE, wie dies

die Schweiz mit ihrer Unterschrift unter die Millenniumsziele versprochen hatte.

Bei aller Freude über die geplante Erhöhung sollten zwei Dinge nicht vergessen werden. Mit 0,5 Prozent erfüllt die Schweiz ihre internationalen Verpflichtungen zwar etwas besser als bisher, aber noch immer nicht vollständig. International bleibt 0,7 Prozent das Ziel. Die 0,5 Prozent sind ein Kompromiss zwischen dieser Vorgabe und dem Status quo in der Schweiz, den Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus fast allen Parteien schmiedeten. Mehr liegt derzeit politisch nicht drin.

Zudem soll nicht nur der Umfang der Hilfe stimmen, sondern auch ihre Qualität. In Bern wächst die Versuchung, sie vermehrt für ausserpolitische und wirtschaftliche Interessen zu instrumentalisieren. Nächstes Jahr diskutiert das Parlament über die Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit bis 2016. Dann gilt es die Weichen so zu stellen, dass die zusätzlichen Mittel tatsächlich den ärmsten und benachteiligsten Schichten zugute kommen. ■ Pepo Hofstetter, Alliance Sud